

Resolution

"Das Milliardengrab Stuttgart 21 nicht gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürger schaufeln"

Stuttgart 21 bleibt falsch

Das Projekt Stuttgart 21 ist verkehrs- und finanzpolitisch falsch. Wir Grüne setzen uns seit langem auf allen Ebenen dagegen ein, dass viel zu viel Geld in einem überflüssigen unterirdischen Bahnhof in Stuttgart vergraben werden soll. 2,8 Milliarden Euro werden nicht ausreichen, um dieses altbackene Planobjekt der 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts umzusetzen, das aufgrund der Sturheit von CDU, FDP und SPD im Land und in Stuttgart leider zum politischen Prestigeprogramm des frühen 21. Jahrhunderts geworden ist. Das Geld der Steuerzahler fehlt an anderer Stelle – zum Beispiel bei der Sanierung der vielen maroden Schulen in Stuttgart.

Stuttgart 21 schadet dem Schienenverkehr im Land

Stuttgart 21 steht nicht für die Bahn, die die Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger brauchen. Mit der von uns befürworteten Schnellbahntrasse Wendlingen-Ulm und nicht mit Stuttgart 21 kommen sie zukünftig schneller voran. Auch ohne einen Tunnelbahnhof wird Stuttgart nicht vom Fernverkehr abgehängt. Aber für die BahnfahrerInnen zählt ohnehin nicht die schnellste Verbindung nach Bratislava, sondern gute und verlässliche Verbindungen, die sie auch tatsächlich nutzen. Dringend notwendige Investitionen in neue Regionalstadtbahnkonzepte und S-Bahn-Ausbauten, in ein zweites Gleis von Horb nach Tuttlingen oder die Elektrifizierung der Südbahn von Ulm nach Lindau bleiben aber seit Jahren aus, weil die Mittel für Stuttgart 21 gebunden werden.

Stuttgart 21 mit seinen nur acht unterirdischen Bahnsteigen und dem dahinterstehenden Betriebskonzept steht gegen das Konzept des Integralen Taktfahrplans. Im wichtigen Knotenpunkt Stuttgart können die Züge sich dann nicht im notwendigen Umfang treffen und dort einige Minuten warten, so dass man bequem in alle Richtungen umsteigen kann. Damit gefährdet Stuttgart 21 unmittelbar einen guten Schienenverkehr in weiten Teilen Württembergs.

Bürgerbegehren gegen Stuttgart 21 ist gestartet

Mit dieser Position stehen wir Grüne nicht alleine. Dass das Projekt bei den StuttgarterInnen keine Mehrheit findet, hat auch eine Umfrage im Auftrag der Stadt ergeben. Daher haben sich Bündnis 90/Die Grünen Stuttgart mit den Partnern BUND, VCD, Pro Bahn e.V. und der Bürgerinitiative ‚Leben in Stuttgart – Kein Stuttgart 21‘ zum ‚Bündnis Bürgerentscheid gegen Stuttgart 21‘ zusammenschlossen. Da die Mehrheit des Gemeinderates aus CDU, SPD und FDP keinen Bürgerentscheid will, wollen wir diesen mit unserem am 4. Oktober begonnenen Bürgerbegehren herbeiführen. Schon in den ersten Tagen war die Resonanz der Bürgerschaft sehr hoch.

Keine neuen Verträge, solange die Bürgerinnen und Bürger nicht entschieden haben

Die Befürworter des Projekts scheinen sich ihrer Argumente nicht sicher zu sein, sonst würden sie einen Bürgerentscheid nicht scheuen. Auch sind noch nicht alle Finanzierungsvereinbarungen zwischen Bahn, Bund, Land und Partnern ausverhandelt und abgeschlossen. Das Mindeste an demokratischer Kultur ist es jedoch, dass die politischen Repräsentanten nun den laufenden Prozess der Bürgerbeteiligung respektieren.

Daher fordern wir:

- Ministerpräsident Oettinger, Oberbürgermeister Schuster, Bundesverkehrsminister Tiefensee und alle beteiligten Exekutiv-Vertreter unterlassen jeden Schritt, der das Projekt Stuttgart 21 zementiert, bevor das Bürgerbegehren und der voraussichtlich darauf folgende Bürgerentscheid in Stuttgart nicht abgeschlossen sind.
- Die beteiligten Gremien, Landtag und Bundestag setzen für diese Zeit weitere Beschlüsse insbesondere über neue Finanzmittel für Stuttgart 21 aus.
- Wir fordern die SPD im Land und in der Stadt Stuttgart auf, den Beschluss ihres Landesparteitags vom 22. September gegen Stuttgart 21 umzusetzen, sich von diesem Projekt zu verabschieden und das Bürgerbegehren in Stuttgart ab sofort zu unterstützen.